

i Fijáte !

Nachrichten •

Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 391 15. Aug. 2007

13. Jahrgang

Die Vergangenheit ist präsent

Eines der Themen, über die im aktuellen Wahlkampf nur ganz am Rande bzw. überhaupt nicht debattiert wird, ist der Umgang mit und die Aufarbeitung der Vergangenheit. Während vor vier Jahren mit der umstrittenen Präsidentschaftskandidatur von Ex-General Efraín Ríos Montt und der aktiven Unterstützung seiner Kampagne durch die ehemaligen Zivilpatriotten (PAC) das Thema der Versöhnung und Entschädigung unweigerlich diskutiert werden musste, wird die Vergangenheit in diesem Wahlkampf durch "aktuellere" Themen wie z.B. die gegenwärtige Gewalt- bzw. die Sicherheitsfrage verdrängt.

Die abtretende Regierung hat sich in Sachen Aufarbeitung der Vergangenheit oder Gerechtigkeit für die Opfer nicht hervorgetan. Die Prozesse gegen die Verantwortlichen der Verbrechen stecken fest, das *Nationale Entschädigungsprogramm* (PNR) dümpelt vor sich hin und die Regierung schaut tatenlos zu, wie Menschenrechtsorganisationen, die sich für die Opfer des Krieges einsetzen, Drohungen, Überfällen und Einschüchterungsversuchen ausgesetzt sind (z.B. ECAP, CALDH, ACOGUATE, um ein paar der Organisationen aufzuzählen, die in den letzten Monaten bedroht wurden).

So sind es denn in erster Linie Teile der katholischen Kirche und Menschenrechtsorganisationen, die sich nach wie vor der Aufarbeitung der Vergangenheit widmen und den Betroffenen Unterstützung leisten bei der Verarbeitung der materiellen und psychischen Verletzungen, die der Krieg hinterlassen hat. Wir möchten an dieser Stelle zwei Beispiele unermüdlichen Einsatzes für die Erlangung von Gerechtigkeit und die Wiedererlangung von Würde vorstellen:

- Die Pfarrei von Nebaj ist eine der wenigen Vertreterinnen der katholischen Kirche, die versucht, das „Erbe“ von Erzbischof Juan Gerardi, den Wahrheitsbericht „Guatemala – nunca más“, weiterzutragen und an die Bevölkerung zurückzugeben. (Zur Erinnerung: Am 24. April 1998 wurde der 1'400 Seiten umfassende REMHI-Bericht der Öffentlichkeit vorgestellt. Nur zwei Tage danach, am 26. April 1998, musste der Leiter des Projekts, Bischof Juan Gerardi, für seinen Mut bezahlen. Er wurde nicht weit vom Präsidentenpalast entfernt, in der Garage seines Pfarrhauses, brutal ermordet. Die intellektuell Verantwortlichen für diesen Mord sind bis heute nicht bestraft.)

- Mit dem Ende Juni gegründeten Verein *Todos por el reencuentro* treten Menschen organisiert an die Öffentlichkeit, die bis heute auf der Suche nach ihren verschwundenen Familienangehörigen sind und sich der Herausforderung stellen, diese auch zu finden, was nicht nur schön, sondern auch sehr schmerzhaft sein kann. Denn es geht nicht nur der Prozess der Suche zu Ende, sondern es beginnt ein Prozess der Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte.

Das REMHI in Nebaj, von Michael Fischer

Nebaj ist ein Bezirk im Norden des Departements Quiché. Die lokale Bevölkerung gehört der indigenen Ethnie der Ixiles an. Während dem bewaffneten Konflikt wurden in der Region rund 25'000 Menschen umgebracht und rund 90% der ländlichen Gemeinden wurden durch das Militär vollständig zerstört. Bischof Juan Gerardi, der Leiter des REMHI, war zwischen 1974 und 1980 selber Bischof der Diözese des Quiché. Aufgrund der zunehmenden Repression und einem fehlgeschlagenen Mordanschlag gegen ihren Bischof musste die Diözese jedoch im Jahr 1980 geschlossen werden. Gerardi und viele andere Priester der Diözese des Quiché mussten das Land verlassen und nach Costa Rica ins Exil gehen, von wo aus sie als *Guatemaltekkirche im Exil* weiterhin versuchten Einfluss auszuüben auf das Geschehen in ihrer Heimat.

Auch die Pfarrei in Nebaj wurde, nachdem bereits diverse Katechisten und mehrere Priester aus nahegelegenen Pfarreien umgebracht wurden, Anfang des Jahres 1980 endgültig geschlossen. Danach wurden die Kirche und das Pfarrhaus in Nebaj von der Armee in eine Kaserne umfunktioniert, wo Menschen gefangen gehalten und gefoltert wurden.

Obwohl der bewaffnete Konflikt 1996 mit der Unterzeichnung der Friedensverträge zwischen der Regierung und der

Guerilla formell zu Ende ging, bestand in Nebaj in den darauffolgenden Jahren weiterhin ein angespanntes Klima. Der Krieg hatte in den Gemeinden nicht nur tiefe Wunden, sondern auch viele ungelöste Konflikte zurückgelassen. In diesem Kontext war die Arbeit im Pfarrhaus nicht ganz ungefährlich. Die Befürchtungen bewahrheiteten sich, als am 21. Februar 2002 das Pfarrhaus von unbekanntem Personen angezündet wurde und vollständig niederbrannte.

Die Brandstiftung bedeutete nicht nur eine Drohung an die MitarbeiterInnen der Pfarrei, sondern versuchte auch gezielt, die im Pfarrhaus aufbewahrten Bücher und Akten zu vernichten, welche sehr viele Informationen über die Geschichte des bewaffneten Konflikts enthielten.

Die staatlichen Behörden, welche für eine Untersuchung des Vorfalles zuständig gewesen wären, weigerten sich, die Ermittlungen aufzunehmen. Nachdem daraufhin die Pfarrei selber eine alternative Untersuchung durchführte und handfeste Beweise erbringen konnte, dass es sich bei dem Vorfall um eine gezielte Brandstiftung handelte, bewertete das zuständige Gericht den Brand des Pfarrhauses trotzdem als einen Unfall, womit der Justizprozess abgeschlossen war.

Gleichzeitig mit dem Wiederaufbau des niedergebrannten Pfarrhauses begann die Pfarrei in Nebaj Anfang 2006 schliesslich ihre Arbeit für die Weiterführung des REMHI in den Gemeinden der Region. In den darauffolgenden Monaten machte der Priester der Pfarrei, Rigoberto Pérez Garrido, welcher während dem REMHI die Arbeit in der Diözese koordiniert hatte, zusammen mit einigen MitarbeiterInnen der Pfarrei eine erste Planung des Projekts.

Bis Oktober 2006 wuchs die Zahl der MitarbeiterInnen des Projekts auf acht Personen an und begann im Dezember mit der Ausbildung der Personen, welche als sogenannte "AnimatorInnen der Versöhnung" in ihren Gemeinden arbeiten werden. Insgesamt nehmen an dem Projekt rund 70 AnimatorInnen teil, welche ca. 45 Gemeinden des Bezirkes repräsentieren. Die Arbeit der AnimatorInnen besteht darin, die Zeugnisse aus den Gemeinden zusammenzutragen. In vorbereitenden Workshops wurde zunächst gemeinsam mit den AnimatorInnen eine Reflexion über den Sinn und die Bedeutung der Arbeit zur Aufarbeitung der historischen Vergangenheit gemacht, sowie eine Analyse des lokalen Kontextes und der aktuellen Situation, in welcher sich das Projekt entwickeln wird. Danach wurden die Methoden für die Feldarbeit erarbeitet. Dabei wurden drei verschiedene Typen von Interviews definiert: 1. das individuelle Interview, 2. das Interview mit Familien, sowie 3. das Interview mit Gemeinschaften. Später wurde mit den AnimatorInnen ein Fragebogen entworfen, welcher ihnen bei ihrer Arbeit in den Dörfern als

Leitfaden dienen sollte und schliesslich wurde den TeilnehmerInnen auch die Funktionen und die Handhabung des Aufnahmeapparates erklärt.

In den darauffolgenden Monaten, von März bis Juni 2007, sammelten die AnimatorInnen in den Dörfern der Region rund 350 Zeugenaussagen, welche das historische Fundament der Projektarbeit darstellen. Um dem ganzen Prozess Kontinuität verleihen zu können, widmeten sich derweil die restlichen MitarbeiterInnen des Projekts anderen Aufgaben:

Ein Informatiker begann mit der Erarbeitung einer Datenbank, in welche die gesammelten Informationen eingegeben werden können und die später dazu dient, die eingegebenen Daten nach verschiedenen Kriterien zu analysieren.

Eine zweite Gruppe begann mit der Übersetzung der Zeugenaussagen aus den indigenen Sprachen des Ixil und Quiché ins Spanische. Nach der Übersetzung werden die Zeugenaussagen miteinander verglichen und nach den darin erwähnten Ereignissen und Themen systematisiert.

Eine dritte Gruppe forscht nach anderen historischen Quellen, um dadurch die in den Zeugenaussagen gesammelten Informationen zu ergänzen. Dabei werden zunächst die beiden Berichte des REMHI und der CEH (offizielle Wahrheitskommission) hinzugezogen, sowie die Dokumentation, welche die verschiedenen Exhumierungsteams über die von ihnen in der Region durchgeführten Ausgrabungen von Massengräbern erarbeitet haben. Schliesslich werden auch andere Publikationen zum The-

ma gesammelt und analysiert.

Ein Fotograf begleitet den Prozess und dokumentiert die Arbeit in den Dörfern. Historische Orte, welche die Zeugenaussagen veranschaulichen können, sowie das soziale und geografische Umfeld des Projekts – d.h. der Alltag der Menschen in den Gemeinden – werden fotografisch dokumentiert. Gleichzeitig wird über die Erarbeitung eines Dokumentarfilms zum Thema nachgedacht.

Eine fünfte Gruppe versucht eine Reflexion darüber zu beginnen, in welcher Form die Ergebnisse der Arbeit schlussendlich wieder an die Basisgemeinden zurückgegeben werden können. Die Publikation eines Buches sollte nur den Ausgangspunkt des Prozesses darstellen. Aufgrund des weitverbreiteten Analphabetismus in den ländlichen Gemeinden und der mündlichen Tradition der indigenen Bevölkerung müssen andere Kommunikationsformen und Medien gesucht werden, um die Weitergabe der Erinnerung an die Gemeinden zu gewährleisten. Zurzeit wird u.a. über den Einbezug von Radioprogrammen, die Erarbeitung von pädagogischen Materialien für die Schulen, den Bau von historischen Denkmälern zur Erinnerung der Opfer und über ein Museum nachgedacht. Der ganze Prozess wird sicherlich noch einige Zeit in Anspruch nehmen... Im kommenden Oktober soll auf jeden Fall das neugebaute Pfarrhaus eingeweiht werden. In dessen Räumlichkeiten soll u.a. auch ein Bildungszentrum mit Bibliothek für Jugendliche der Region eingerichtet werden, das den Namen von Bischof Gerardi tragen wird.

Todos por el Reencuentro – Suche nach den verschwundenen Kindern

Das Verschwindenlassen von Menschen gehörte in Guatemala seit den 60er-Jahren zur Praxis der psychologischen Kriegsführung. Im Verlauf des Krieges verschwanden rund 45'000 Personen, viele von ihnen Kinder, die während Überfällen oder Massakern von ihren Eltern getrennt wurden.

In den meisten Fällen wissen die Familienangehörigen bis heute nicht, wie und wo ihre Verwandten umgebracht wurden oder ob sie noch irgendwo am Leben sind. Auf diese Weise ein Kind zu verlieren, löst bei vielen Eltern Schuldgefühle und Isolation aus, sie verlieren die Kontrolle über ihr (Familien-)Leben. Eine Form, diese Kontrolle wieder zurückzugewinnen, ist in diesem konkreten Fall der Zusammenschluss einzelner Familienangehöriger in einer Organisation von Familienangehörigen, deren Kinder verschwunden sind: dem Ende Juni formal gegründeten Verein

Todos por el Reencuentro. Der Aufbau dieser Organisation dauerte ca. 8 Jahre und wurde von der *Guatemaltekischen Liga für psychosoziale Hygiene* begleitet (siehe ¡Fijáte! 372 und 373).

Die Gründung des Vereins, dem Familien aus über 190 Gemeinden und aus acht ethnischen Gruppen inklusive Ladinos und Ladinan angehören, ist ein klarer Beweis dafür, dass auch zehn Jahre nach der Unterzeichnung der Friedensabkommen die Themen und Verletzungen des Krieges noch präsent sind – in diesem Fall die Verantwortung des Staates, den Familienangehörigen, die ihre Kinder im Krieg verloren haben, eine Antwort zu geben.

Die Gründung der Organisation ist aber auch ein Ausdruck des wiedergefundenen Selbstvertrauens einer Bevölkerung, die unter der Repression gelitten hat und der über Jahre ihre BürgerInnenrechte verwehrt wurde. Heute

kämpfen sie dafür, die Wahrheit über das Schicksal ihrer Kinder zu erfahren und sie, im besten Fall, wieder zu finden. Die *Liga* hat im Verlauf der letzten Jahre 590 Familien bei ihrer Suche begleitet, in 125 Fällen konnten die unterdessen erwachsenen Kinder lokalisiert werden.

In der Gründungserklärung des Vereins werden zwei Punkte genannt, die für die Wiedererlangung der Würde der Betroffenen bedeutend sind:

„Die Stärkung unseres Rechts, über unser Problem überhaupt zu sprechen. Das Schweigen, das man versucht über die Vergangenheit zu legen, das Argument des „Schwamm drüber und Neubeginn“ verweigert uns das Recht, unseren Schmerz, unsere Ängste und unsere Hoffnungen überhaupt auszudrücken. Der Kampf gegen das Schweigen und das Vergessen ist unser Beitrag an den Aufbau des Friedens in Guatemala.“

„Der zweite Faktor ist die soziale Anerkennung unseres Schmerzes. Manchmal scheint es, dass wir in einer Gesellschaft leben, die ihre eigene Geschichte verleugnet. Die soziale Anerkennung unseres Problems ist vital, um zu verhindern, dass die tragische Vergangenheit sich wiederholen kann. Ein wirklicher Frieden kann nicht ohne den Einbezug unserer historischen Erinnerung aufgebaut werden.“

Die neu gegründete Organisation formuliert aber auch klare Forderungen an diverse Akteure:

1. Wir fordern von der Regierung

eine reale Unterstützung, indem sie uns Zugang zu den Informationen verschafft, die über das Schicksal unserer Kinder Auskunft geben, indem sie uns finanzielle Mittel zur Verfügung stellt, um unsere Arbeit zu realisieren und indem sie uns die politische Rückendeckung gibt und ihr Verantwortung anerkennt, einer der Hauptakteure dieses Dramas gewesen zu sein.

2. Wir fordern von allen politischen Parteien, die sich auf nationaler und lokaler Ebene am Wahlkampf beteiligen, Position zum Thema der im Krieg verschwundenen Kinder zu beziehen. Kei-

ne Partei hat bisher das Thema in ihren Diskursen und Wahlversprechen aufgenommen. Es scheint, dass für sie die Vergangenheit und unser Schmerz nicht existieren.

3. Wir fordern von den Medien (Radio, Presse, Fernsehen), dass sie über ihre Kanäle Informationen über unsere Kampagnen und Aktionen verbreiten. Das Thema der verschwundenen Menschen darf nicht als eine konjunkturelle Nachricht behandelt werden, sondern soll über die und in den Medien eine soziale Präsenz und Anerkennung erfahren.

Der Prozess zur Aufarbeitung der historischen Vergangenheit in Guatemala ist noch lange nicht abgeschlossen. Das REMHI-Projekt in Nebaj und die Gründung der Organisation *Todos por el Reencuentro* sind nur kleine Beiträge in dem ganzen Prozess. Das Thema der historischen Erinnerung muss noch weiter vertieft werden, damit die Wunden im Land heilen können und sich die Geschichte der Gewalt und der Zerstörung des Bürgerkrieges nicht mehr wiederholen wird.

CICIG: Und der Kongress hört aufs Volk

Guatemala, 10. Aug. Jetzt ist sie durch und unter nationaler Dringlichkeit verabschiedet: Die Gesetzesinitiative für die Einsetzung der *Internationalen Kommission gegen die Straflosigkeit in Guatemala* (CICIG) hat am 1. August im Kongress 110 Stimmen zu ihren Gunsten bekommen, 5 dagegen. (siehe ¡Fijáte! 390) Zwei stammten dabei von Mitgliedern der ihr Contra aufrecht haltenden *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG), eine von dem wegen seiner Haltung kurz vorher aus der *Patriotischen Partei* geschmissenen Julio Lowenthal

und zwei von der Partei *Movimiento Reformador*.

Die Präsidentschaftskandidaten der Parteien UNE, Patriota und GANA erfüllten ihre Versprechen und brachten persönlich ihre Blöcke geschlossen ins Plenum. Sowohl im Vorfeld als auch während der Abstimmung und natürlich auch im Anschluss dominiert(e) immer noch die Polemik um das Vorhaben. Es gab zahlreiche Versuche, die Diskussion zu torpedieren oder zumindest zu verzögern. Unter anderem erreichte den Kongresspräsidenten Rubén Darío Morales die Feuerwehrmeldung einer Bombenwarnung – die er aber erst drei Stunden später an die Versammelten weitergab.

Folgende Schritte fehlen noch bis zum Wirklichwerden der Kommission: Der Präsident Oscar Berger muss das Dekret billigen; der versicherte auch schon, dass er dies tun würde, sobald er das Dokument in der Hand habe. Dann wird es ins Außenministerium geleitet, welches drei Tage hat, um den Text an die UNO weiter zu schicken. Frank LaRue, Präsidentialer Menschenrechtskommissionar rechnet damit, dass nach der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen am 9. September eine kleine Delegation der Vereinten Nationen ins Land kommen wird, um die Einrichtung der CICIG vorzubereiten. Vizepräsident Eduardo Stein kündigte derweil an, dass diese zu Beginn aus drei ausländischen und sechs guatemaltekischen ErmittlerInnen bestehen könne. Bis Ende 2007 soll die Kommission dann komplett stehen und für zwei Jahre funktionieren. Eine Verlängerung des Mandats ist möglich.

Der im Land anwesende UN-Koordinator in Guatemala, Beat Rohr, wies darauf hin, dass von der Kommission

und Abteilungen der guatemaltekischen Regierung festgelegt werden würde, welche Ermittlungen als Prioritäten betrachtet werden. Der für die CICIG zuständige Kommissionsleiter wird von UNO-Generalsekretär Ban Ki-Moon bestimmt. Laut Stein wurden bereits erste Sondierungen durchgeführt, doch er nannte keine Namen. Gerüchten zufolge seien AnwältInnen aus Argentinien Chile und Spanien im Gespräch, gleichzeitig wurde jedoch darauf hingewiesen, dass die UNO sehr vorsichtig bei der Auswahl sei, um mit der Staatsangehörigkeit der/des Kandidatin/en keinen Verdacht schüren wolle, in Bezug auf die Intention des Abkommens. Dieser Kommentar bezog sich auf den Prozess wegen Genozids gegen sieben ehemalige hohe Militärs Guatemalas, den der Spanischen Gerichtshof führt. Finanziert wird die Kommission durch freiwillige Beiträge der Regierungen aus Spanien, Deutschland, den USA und Norwegen, zumindest haben diese Länder ihre Unterstützung bereits zugesichert.

Die ehemalige Präsidentin der Anwaltskammer, Yolanda Pérez Ruiz, nahm potentiellen WiderständlerInnen bereits den Wind aus den Segeln: Es sei völlig unnützlich, irgendeine Rechtsaktion gegen die CICIG anstrengen zu wollen, denn das Verfassungsgericht habe bereits versichert, dass es keine Verfassungswidrigkeiten gebe.

Derweil gratulierten zahlreiche nationale wie internationale Organisationen und diplomatische Vertretungen zur Entscheidung des Parlaments. Helen Mack bezeichnete es gar als das erste Mal, dass die GuatemaltekinInnen ihr Recht in Anspruch genommen hätten und der Kongress auf sie gehört habe.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.
Bankverbindung:
Postbank Karlsruhe
BLZ: 660 100 75
Kto. -Nr.: 32 95 01-751
Redaktion:
Barbara Müller
Christiane Treeck
c-tree@gmx.net
Aboverwaltung:
Ewald Seiler
Rahel-Varnhagen-Str. 15
79100 Freiburg
fijate@web.de
Jahres-Abo: 55.- •
Auslands-Abo: 60.- •
E-Mail-Abo: 50.- •
Erscheinungsweise 14-täglich.
Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.
www.guatemala.de/Fijate

Ermittlungsfortschritte im PARLACEN-Krimi

Guatemala, 03. Aug. Ein Abgeordneter des guatemaltekischen Kongresses ist der intellektuelle Täter des Mordes an den drei salvadorianischen Abgeordneten des *Zentralamerikanischen Parlaments* (PARLACEN) und ihres Chauffeurs, die am 19. Februar ermordet und in Brand gesteckt auf einer Finca ausserhalb der Hauptstadt Richtung El Salvador aufgefunden wurden. (siehe ¡Fijátes! 380 - 382) So lautet zumindest die aktuelle Hypothese der Staatsanwaltschaft, die nach bald sechs Monaten wenige Ermittlungsfortschritte vorweisen kann.

Dabei war bereits Ende März die Rede davon, dass gegen jenen Abgeordneten, Manuel de Jesús Castillo Medrano, die Ermittlungen im Zusammenhang mit dem genannten Verbrechen aufgenommen worden seien. Erst jetzt wurden Registrierungen der Telefonanrufe diverser, in der Zwischenzeit von Verdächtigen konfiszierter Mobiltelefone gekreuzt, um die Kontakte vor, während und nach der Tat nachzuvollziehen. Castillo hat demzufolge sowohl direkt als auch über einen Mittelsmann – der zeitweise als „der 3. Berg“ bezeichnet wurde – mit den sieben involvierten Kriminalpolizisten, von denen vier recht schnell gefasst, ins Gefängnis El Boquerón, Santa Rosa, gesteckt und dort ebenfalls umgebracht worden waren, und auch mit den Mitgliedern einer Gruppe gesprochen, die inzwischen als Verbrechensbande aus dem Departement Jutiapa identifiziert wurde.

Castillo Medrano war bei den letzten Wahlen mit der Partei *Nationale Einheit der Hoffnung* (UNE) als Abgeordneter in den Kongress gekommen. Ende 2005 wurde aber bekannt, dass er Verbindungen zum Drogenhandel pflegte und wurde deswegen aus der Partei ausgeschlossen. Diese Kontakte flogen auf, als Castillo dem mexikanischen Sänger Luis Miguel einen *Hummer* – ein militärisches Wüsten-Allzweckfahrzeug – abkaufte und nach der Herkunft des von Castillo investierten Geldes geforscht wurde. Wenig später veröffentlichte die Tageszeitung *el Periódico* in einer Reportage Fotos von 11 bekannten Auftragsmördern. Zwei davon konnten in Verbindung mit den Morden an einem Abgeordneten und einem Bürgermeister aus Jutiapa gebracht werden – beide waren UNE-Mitglieder. Und alle 11 abgebildeten Männer waren schon einmal als Bodyguards von Castillo tätig gewesen. Seit seinem Rauswurf aus der Partei agiert Castillo als unabhängiger Abgeordneter und postuliert sich jetzt für das Bürgermeisteramt in Jutiapa. Der

Stadt ist er bekannt für seine Grosszügigkeit zu Weihnachten und Stadtfesten, zu denen er Helikopterflüge verschenkt und kostenloses Bullenreiten veranstaltet.

Seinem Bruder, Carlos Enrique, der derzeit der Bürgermeister des Munizips San José Acatemala, Jutiapa, ist, hängt gerade der Vorwurf der Geldwäsche von US-\$ 135'377 an. Und zu guter Letzt beobachtet El Salvador fünf Drogenkartelle in Guatemala – eins davon mit Namen Medrano Castillo im Raum Jutiapa... Manuel Castillo leugnet derweil noch jede Verbindung, stellt sich der Staatsanwaltschaft für ihre Ermittlungen und hat zur Bestätigung seiner Unschuld, die Einsetzung der *Internationalen Kommission gegen die Straflosigkeit in Guatemala* (CICIG) befürwortet.

Der als „3. Berg“ angeblich identifizierte, Gamaliel Antonio Hernández Orozco, hat indes Anzeige wegen Verleumdung eingereicht, es würde eine schwarze Kampagne gegen ihn gefahren. Er kandidiert für die *Partei des Nationalen Fortschritts* (PAN) als Abgeordneter für Jutiapa.

Das Ergebnis der Telefonüberprüfung spricht gemäss der zuständigen Ermittlungsbehörden gegen die bislang von Guatemala wie El Salvador aufrecht gehaltene These, es handle sich bei dem Mord an den vier Salvadorianern um eine Verwechslung mit Drogendealern. Vor allem die Regierung des Nachbarlandes hatte von vornherein darauf beharrt, dass die drei ermordeten Abgeordneten - Eduardo D'Aubuisson, William Pichinte und Ramón González – ehrenhafte und saubere Männer gewesen seien. Guatemalas Präsident Berger sekundierte diese Behauptung bei der improvisierten Pressekonferenz Ende Juni in Belice, wo die beiden Kollegen anlässlich des Regionalen Präsidententempfels jegliche Verbindung der Ermordeten mit dem organisierten Verbrechen ausschlossen.

Doch das *Internationale Zentrum für Menschenrechtsermittlungen* (CIIDH) vermutet dahinter Absprachen zwischen den beiden Ländern. Alle Aktionen der guatemaltekischen Staatsanwaltschaft hätten vor allem dazu beigetragen, die potentiell (mit)verantwortlichen Autoritäten auf beiden Seiten zu decken. Auf nicht ganz saubere Ermittlungspraktiken verweist auch der Versuch der Staatsanwaltschaft, dem Menschenrechtsprokurat (PDH) durch richterliche Anweisung den Zugriff auf den Fall zu entziehen. Und in El Salvador gilt es als offenes Geheimnis, dass D'Aubuisson und Pichinte

Kontakte zu den Drogenkartells hatten. Aber dies will die Regierung offenbar möglichst verdecken, um politische Kosten für die Regierungspartei ARENA zu vermeiden. Denn zu dieser gehörten auch die Verstorbenen.

Der Generalstaatsanwalt, Juan Luis Florido, hatte schon drei Wochen vor der Enthüllung der Telefondaten öffentlich verlautbart, der Fall sei „clarisimamente aufgeklärt“. Dass er weder Informationen über die intellektuelle Täterschaft noch über ein mögliches Tatmotiv hatte, schien ihn dabei nicht zu verunsichern.

Lange hatte sich die Staatsanwaltschaft auf dem Coup ausgeruht. Mitte März bei zwei Razzien vier Mitglieder der Verbrechensbande von Jutiapa, genauer aus Jalapategua, gefasst zu haben. Drei davon wurden auf den Videoaufnahmen der Verkehrskontrollkameras bzw. der Überwachungskameras in der Tankstelle identifiziert, an der das Benzin zum Anzünden des Autos der Abgeordneten gekauft worden sein soll. Es handelt sich um zwei Cousins, Mario Javier Lemus Escobar und Obdulio Estuardo de León Lemus, und Carlos Amilcar Orellana Donis, dem rechten Arm des Drogenbosses Jorge Mario Paredes, der wiederum in Kontakt mit dem Drogenoberboss Otto Herrera steht. Die vierte Festgenommene ist Linda Castillo Orellana, Schwester von Carlos Orellana. Auf ihren Namen ist das Auto zugelassen, mit dem die drei anderen zu dem Ort gefahren sind, an den die Polizisten die Abgeordneten verschleppt hatten. Dort durchsuchten sie das salvadorianische Fahrzeug vermutlich nach Drogen oder Geld.

Lange lancierte die Staatsanwaltschaft diese vier als die intellektuellen TäterInnen, was jedoch von den Behörden El Salvadors in Zweifel gezogen wurden, schliesslich würden sich intellektuelle TäterInnen ja wohl kaum am Ort des Geschehens zeigen und ihre Autos für die Ausführung des Verbrechens zur Verfügung stellen. Ein weiterer Gesuchter, Vanner Adílcar Morales Silva, der auf dem Tankstellenvideo erkannt wurde, ist am 19. April im Petén gefasst worden.

Die Auflistung der Telefongespräche im Rahmen des Mordes weisen darauf hin, dass Carlos Orellana gemeinsam mit Marvin Contreras Natarena die zweite Befehlsebene zwischen dem Abgeordneten Manuel Castillo und den Polizisten stellten, indem sie letztere ständig darüber auf dem Laufenden hielten, wo genau sich der Wagen der Salvadoria-

Fortsetzung auf S. 5

Fortsetzung von S. 4

ner nach dem Grenzübertritt aufhielt.

Marvin Contreras, der wie die vier im Gefängnis ermordeten Polizisten Mitglied der Kriminalpolizei DINC war, hatte sich bereits im Februar gestellt und wurde wegen Verdachts auf Beteiligung an dem Verbrechen festgenommen. Die Tatsache, dass seine Festnahme offiziell erst vier Tage später stattfand, er aber bereits vorher verhört worden war, veranlasst seine Verteidigung dazu, die Staatsanwaltschaft der illegalen Festnahme zu beschuldigen. Diese gewährte dem lange Zeit einzigen Zeugen weder den beantragten besonderen Schutz noch die Umwandlung seiner Anklage von Mord in aussergerichtliche Hinrichtung. Stattdessen wird er jetzt zusätzlich noch der Verschwörung und illegalen Vereinigung angeklagt. Ein weiterer wegen des Verbrechens gesuchte DINC-Polizist, Carlos Humberto Orellana Arcoche, wurde Ende Juli ebenfalls im Petén gefasst, wo er sich versteckt gehalten hatte. Nun ist nur noch der letzte der sieben DINC-Polizisten auf freiem Fuss: Von Jeiner Ercides Barillas Recinos fehlt bislang jede Spur.

Durch die Aussagen einer Frau bei ihrer Verhaftung aus nicht weiter detaillierten Gründen Anfang August flog der Plan auf, dass Orellana und Contreras am 15. August im Untersuchungsgefängnis bei einem zu diesem Anlass organisierten Aufstand der mit inhaftierten Jugendbandenmitglieder ermordet werden sollten. Nun wurden die beiden Bedrohten in das Frauengefängnis Santa Teresa überführt. Entgegen aller gesetzlichen Vorgaben, dass Frauen und Männer getrennt zu inhaftieren seien, belegen die beiden als Schwerverbrecher Stigmatisierten nun den Bereich der Haftanstalt, in dem sich die Freizeiträume sowie die Räume für die Näh- und Backkurse der 170 Insassinnen befinden. Diese werden durch die Sonderbelegung nicht nur räumlich eingeschränkt, sondern fürchten zudem um ihre und die Sicherheit ihrer Kinder, die bei ihnen leben. Selbst die Direktorin von Santa Teresa hat keine Ahnung, was in jenem Teil des Gefängnisses vor sich geht und welche Sicherheitsmassnahmen bestehen, selbst ihr wird der Zugang verweigert.

Sollte sich die Verantwortung Manuel Castillos und seiner „Crew“ bestätigen fehlen jetzt nur noch das Tatmotiv und die Enthüllung der Rolle, die die ermordeten Abgeordneten spielten.

Ähnlich widersprüchlich und brüchig wie bei der Verbrechenserklärung an den Salvadorianern erscheinen die Ermittlungsberichte in Bezug auf den

Mord an den vier ermordeten DINC-Polizisten, die innerhalb von 72 Stunden gefasst und verhaftet und zwei Tage später tot waren. Brutalst ermordet in der hinter acht Sicherheitstüren abgeschiedenen Zelle des Gefängnisses El Boquerón.

Die Staatsanwaltschaft will wissenschaftliche Beweise und ZeugInnenausagen haben, mit denen sie zwölf Jugendbandenmitglieder dieser Tat beschuldigt. Der Grund: Die Polizisten seien „natürliche Feinde“ der *mareros*, da sie gegen ihre Banden soziale Säuberungsaktionen durchgeführt hätten. Somit habe dieser vierfache Mord rein gar nichts mit dem Mord an den Abgeordneten zu tun. Zufällig gehörten die zwölf Beschuldigten dann auch noch zu den Häftlingen, die Anfang des Jahres Mitglieder der Gegenbande bei einer Anhörung mitten im Gerichtssaal niedergestochen und teilweise schwer verletzt hätten.

Um nun die vier inhaftierten Polizisten zu töten, sollen die Häftlinge einen Aufstand organisiert haben. Diese Behauptung erscheint jedoch eher fraglich. So wurden die alarmierten Zivilpolizisten, bei ihrer Ankunft am Gefängnis nicht hineingelassen mit der Erklärung, der Aufstand sollte nicht noch mehr angestachelt werden, die Gefängniswachen würden die Sachen in den Griff bekommen. Auf dem Hof waren derweil Schüsse zu hören. Die herbeigeeilte Freiwillige Feuerwehr wurde ebenfalls an den Gefängnistoren zur Umkehr bewegt, bei dem Notruf habe es sich bloss um einen schlechten Scherz gehandelt. Doch auch die Staatsanwaltschaft von El Salvador bezweifelt die Schuld der Bandenmitglieder, ebenso das Menschenrechtsprokurat (PDH). Es seien keine Spuren für einen Aufstand gefunden worden, ausserdem seien alle Häftlinge in ihren Zellen gewesen, als die PDH ins Gefängnis kam. Diese liessen sich bislang von der PDH zu keiner Aussage in Bezug auf das Tatgeschehen bewegen.

Vier von ihnen wurden im Mai vor Gericht zitiert, doch der entstehende Aufruhr der Insassen verhinderte ihren Auftritt vor der Richterin. Acht von den *mareros* wird inzwischen der Prozess gemacht, u.a. auch Jorge de León, mit Spitznamen „der Teuflische“ – angeblich verfügt die Staatsanwaltschaft über Aussagen anderer Häftlinge, die nach dem vermeintlichen Aufstand im Februar den „Teuflischen“ telefonieren gehört haben mit dem Kommentar: „Die Sache ist erledigt, Ihr könnt es in den Nachrichten sehen.“

Anfang Juni sind bereits ehemalige Autoritäten der Haftanstalt und sie-

ben Gefängniswärter wegen Komplizenschaft und Verdeckens angeklagt worden. Das Menschenrechtsprokurat wies bereits Ende April in seinem vorläufigen Bericht auf die Komplizenschaft sowohl des Gefängnisystems als auch des Innenministeriums hin, da beide die jeweils angeforderte Sicherheit – zuerst der vier Parlamentarier auf ihrem Weg durch Guatemala und dann der vier Polizisten im Boquerón nicht gewährleistet hätten. Somit müsste nun doch Victor Figueroa zur Verantwortung gezogen werden. Der war zur Tatzeit stellvertretender Kriminalpolizeichef, kündigte nach der Inhaftierung der vier Polizisten kurzfristig und verliess mit seiner Familie das Land. Die Information, er solle nach einem Aufenthalt in Costa Rica in Venezuela eingereist sein, wurde nicht bestätigt, Figueroa erschien zu keiner der ihn als Zeugen aufrufenden Anhörungen und lässt sich durch seinen Anwalt immer damit entschuldigen, er befinde sich schliesslich im Ausland. Im ersten seiner offenen Briefe an den Präsidenten unterstrich er seine Unschuld und Bereitschaft, bei der Aufklärung des Falles zu helfen, wenn ihm und seiner Familie die nötige Sicherheit garantiert würde. In seinem zweiten Schreiben machte er schon heikle Andeutungen in Bezug auf dunkle Machenschaften diverser aktiver und nicht mehr aktiver Staatsfunktionäre – u.a. des Präsidenten Bergers selber. Die Staatsanwaltschaft hat indes keine Beweise gefunden, die Figueroa in den Abgeordnetenfall involviert, ist jedoch derzeit dabei, eine Anklage gegen ihn zu eröffnen wegen des Verschwindens von vier Personen bei unterschiedlichen Razzien, die von Figueroa geleitet worden waren.

Und ZeugInnen wollen ihn am Nachmittag des Mordes an den Polizisten im Boquerón gesehen haben. Sowohl die Menschenrechtsorganisation *Grupo de Apoyo Mutuo* (GAM) als auch die PDH erinnerten zudem an die Aussagen einiger BesucherInnen der Häftlinge im Boquerón gleich im Anschluss an die Tat, dass sie nämlich ein dreiköpfiges Polizeikommando in das Gefängnis haben gehen sehen und kurz darauf im Innern Schüsse hörten. Offenbar kann auch die PDH auf einige ZeugInnen zurückgreifen, die sie aber aus Sicherheitsgründen nicht preisgibt.

el Periódico hat derweil schon im April auf interessante Zusammenhänge aufmerksam gemacht. Demnach stammt nicht nur der ehemalige Direktor des Boquerón aus Jalpatagua, Jutiapa, sondern fast alle der am Tag des Polizistenmordes Diensthabenden Wärter auch, zumindest kommen sie aus dem Depar-

Fortsetzung auf S. 6

Fortsetzung von S. 5

tement Jutiapa.

Die Tageszeitung *El Mundo* aus El Salvador enthüllte ebenfalls brisante Details, und zwar über den Versuch der vier Polizisten, ihre Freiheit und Schuldentlastung zu verhandeln. Javier Figueroa fungierte hierbei als Mittelsmann zwischen den verzweifelten Polizisten und dem damaligen Innenminister Carlos Vielmann. Die Beweise, die die Polizei mit dem Verbrechen an den PARLACEN-Abgeordneten eindeutig in Verbin-

dung brachten, lagen den obersten Autoritäten beider Länder in diesem Moment bereits vor, die Presse war noch nicht informiert. Während die vier Agenten von einer ganzen Mannschaft unterstützt wurden, brachte der Vorgesetzte der vier Involvierten, Luis Arturo Herrera, ihre Verteidigung vor: „Wir haben uns geirrt, uns wurde von einer Drogenladung berichtet, die wir hochnehmen wollten und wussten nichts von den Abgeordneten.“ Unter Androhung, in der Polizeistation einen Aufstand zu ver-

anstalten oder aber sich gegenseitig umzubringen, forderten sie ihre Entlastung. Im Gegenzug boten sie an, die Köpfe des Drogenkartells aus Jutiapa umzubringen. Damit könnte das durch den Mord an den Salvadorianern beschmutzte Gesicht der Polizei wieder gereinigt werden. Dabei hatte Herrera just bei einem Polizeitraining in El Salvador die Technik gelernt, die er und seine Kollegen bei dem Überfall auf die Parlamentarier anwendeten, und war als hervorragender Schüler aus dem Kurs hervorgegangen.

Waffen gingen als Schrott an die FARC

Guatemala, 09. Aug. Der Syrer Monser Al Kassar ist auf internationalen Haftbefehl der USA im spanischen Madrid gefasst und ein illegales Waffengeschäft, in das Guatemala und die kolumbianischen Guerilla (FARC) involviert sind, plötzlich aufgedeckt.

Al Kassar ist Inhaber der privaten Waffenfirma *Century International Arms* in den USA und hat im August vergangenen Jahres laut eigener Aussagen legal eine Ladung Waffen vom guatemalteckischen Militär gekauft. Die Tageszeitung *elPeriódico* enthüllte jedoch die Unrechtmässigkeit des Geschäftes, die darin bestand, dass die Ladung angeblich als „Schrott“ verkauft, das entsprechende Material jedoch offiziell nicht als unbrauchbar registriert worden war.

Verkauft wurden dabei mehr als 5'000 Maschinengewehre und Gewehre sowie etwa 8 bis 9 Mio. Stück Munition. El Kassar versuchte nun, diese an die FARC weiterzuleiten.

Vor einem Jahr waren Francisco Bermúdez, damaliger Verteidigungsminister, der Finanzabteilungschef des Militärs, Otto Spiegler und der damalige Generalstabschef, Cecilio Leiva, der inzwischen dem Ressort vorsteht, sowie Juan Carlos Leal, Chef des militärischen Geheimdienstes SAAS, diejenigen, die der Transaktion grünes Licht gaben.

Das Kriegsmaterial wurde sogar persönlich vom Major Edwin Herminio Rivas Morales in den USA überreicht. Nach Angaben des Militärs diene das bei dem Verkauf erhaltene Geld für die Begleichung von Schulden in Höhe von 22 Mio. Quetzales, die die Armee bei der israelischen Militärindustrie hatte. Ausserdem wurde eine Vorauszahlung für den Kauf neuer Waffen getätigt sowie ein Hotel im Hauptquartier Mariscal Zavala gebaut für die Offiziere, die dort Beförderungskurse ablegten.

Derweil versichert der Militärsprecher Daniel Domínguez, die Aussagen des Syrers seien falsch, die guatemalte-

kische Armee hätte niemals Geschäfte mit ihm gemacht. Die Verhandlungsmittlerin sei vielmehr die guatemalteckische Firma GIRSA gewesen – die wiederum vor Jahren in den internationalen Skandal des Waffenverkaufs an eine Terrorgruppe in Kolumbien involviert war und 2001 in den illegalen Waffenhandel zwischen der Polizei von Nicaragua und paramilitärischen Gruppen von Kolumbien.

Für die Abgeordnete für das *Encuentro por Guatemala* (EG), Nineth Montenegro, ist die Sache klar: Der Verkauf fand unter ministerialer Leitung von Bermúdez statt, also muss der auch erklären, wie das Geschäft zustande kam – und wer warum die Waffen als Schrott ausgezeichnet hatte, dies aber nicht registrierte. Niemand der Involvierten hat sich bislang zu der Sache geäussert. Auch Bermúdez hält es offenbar bisher nicht für nötig, aus Taiwan – wo er als Botschafter Guatemalas tätig ist – zu kommen und zur Aufklärung beizutragen.

Preisgeld minus Mehrwertsteuer für Medaillen

Guatemala, 30. Juli. Acht Medaillen brachten die guatemalteckischen SportlerInnen von den *XV Panamerikanischen Spielen* Ende Juli aus Rio de Janeiro mit nach Hause: zweimal Gold, dreimal Silber und dreimal Bronze.

Die Goldmedaille in der 53kg Klasse des Karate-Wettkampfs sei Beweis dafür, dass die Frauen in Guatemala doch was könnten, sagt stolz die Prämierte Cheili González. Sie holte in diesem Jahr das erste Gold für Guatemala – als zweite Frau überhaupt und als erste guatemalteckische SiegerIn in ihrem Sport.

Die zweite Goldmedaille holte das Segelbootpaar Juan Ignacio Maegli und Cristina Guirola. Silber gab es für Heidi Juárez im Taekwondo, Kevin Córdón im Badminton und Amado García in der Leichtathletik. Bronze gewannen Erick Anguiano und Pedro Yang im Badminton sowie Federico Rosal im Taekwon-

do. Eine erstaunliche Leistung, hatte doch niemand der Preisgekrönten die Chance vorher an einem internationalen Wettkampf teilzunehmen.

Und einige der SportlerInnen mussten gar alleine, ohne Begleitung ihrer/ihrer TrainerIn antreten – da kein Geld für deren Reise da war. Diese mussten ihren Schützlingen am Fernseher beim Siegen zusehen. Stattdessen lud das Olympische Komitee von Guatemala vier Kongressabgeordnete, zwei der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG) und zwei von der *Patriotischen Partei* (PP) zu den Spielen nach Rio ein und bezahlte ausserdem die Reisen von einigen Sportfunktionären des Kultur- und Sportministeriums – das den AthletInnen so gut wie jede Unterstützung versagt – sowie gar eines Abgeordneten-kandidaten der Regierungspartei *Grosse Nationale Allianz* (GAN). In einer

Woche gab das Olympia-Komitee rund 300'000 Quetzales für die Flüge und Hotels an der Copacabana, direkt am Strand von Ipanema aus. Der Vergleich ist brüskierend: Während die Teilnahme der SportlerInnen je 5'000 Quetzales kostete, die diese zum Teil selbst aufbringen mussten, gab das Komitee pro StaatsfunktionärIn 37'000 Quetzales aus. Doch auf Nachfrage der guatemalteckischen Presse wussten die Geladenen weder die Namen der guatemalteckischen AthletInnen, ihrer Sportarten noch der brasilianischen Austragungsorte der entsprechenden Wettkämpfe.

Des Zynismus' nicht genug, wurden den Medaillen-GewinnerInnen vom Nationalen Sportrat anschliessend insgesamt 800'000 Quetzales an Preisgeld überreicht, 200'000 gab es für Gold, 100'000 für Silber und 50'000 für Bronze. Abzüglich der Mehrwertsteuer.